

Art. 1 Zweck

Die Evangelische Volkspartei der Stadt Basel verfolgt den Zweck, das öffentliche Leben aus dem Geiste des Evangeliums heraus zu beeinflussen.

Art. 2 Tätigkeit

Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Partei bestrebt, durch Besprechungen, Kundgebungen und Vorträge den Christen ihre politische Verantwortung vor Augen zu stellen und an einer Willensbildung in diesem Sinne in allen Schichten der Bevölkerung zu arbeiten. Insbesondere nimmt die Partei an den politischen Wahlen teil und sucht Männer und Frauen in die Behörden abzuordnen, die gewillt sind, in persönlicher Freiheit und Verantwortung vor Gott ihr Amt auszuüben. Sie sucht die Zusammenarbeit mit Christen in den politischen Parteien.

Art. 3 Mitgliedschaft

Mitglieder der Partei können alle im Kanton wohnhaften Personen werden. Eine parteipolitische Bindung besteht nicht. Der Vorstand entscheidet über den Eintritt und den Austritt von Mitgliedern.

Der Mitgliederbeitrag wird auf Antrag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung festgelegt. Sie kann dabei verschiedene Formen der Mitgliedschaft vorsehen. Im Jahresbeitrag inbegriffen ist der Abonnementspreis für das Mitteilungsblatt der Partei.

Im übrigen werden die Ausgaben der Partei durch freiwillige Zuwendungen gedeckt. Für die Verbindlichkeiten der EVP haftet nur das Vermögen der Partei. Jede Haftung der Mitglieder ist ausgeschlossen.

Art. 4 Gönner

Gönner unterstützen die Partei mit einem Beitrag, der mindestens die Abonnementskosten für das Mitteilungsblatt deckt.

Art. 5 Vorstand

Die Amtsdauer des Vorstands beträgt zwei Jahre. Der Vorstand der Partei besteht aus 7 – 13 Mitgliedern. Die Präsidentin / der Präsident wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Im übrigen konstituiert sich der Vorstand selber.

Ferner gehören dem Vorstand von Amtes wegen die amtierenden Mitglieder des Grossen Rates und des Bürgergemeinderates an.

Art 6 Aufgaben des Vorstands

Der Vorstand besorgt die Geschäfte der Partei und verwaltet ihr Vermögen. Wichtigere Angelegenheiten legt er der Mitgliederversammlung zum Entscheid vor. In dringlichen Fällen ist eine ausserordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladungen sind zusammen mit den schriftlich formulierten Anträgen mindestens drei Tage vor dem Termin der Post zu übergeben.

Art. 7 Schlussbestimmung

Die Statuten in der vorliegenden Fassung treten mit Beschluss durch die Mitgliederversammlung am 11.05.2009 in Kraft.